

100 Milliarden für Soziales und praktische Solidarität mit ALLEN geflüchteten Menschen

Am 24.02.2022 begann Russland seinen bis heute anhaltenden Angriffskrieg gegen die Ukraine. Die Vorgeschichte dieses Schrittes, der ohne Frage zu verurteilen ist, ist komplex und lässt sich weder auf das Verhalten der NATO, noch auf einen „verrückt gewordenen Putin“ reduzieren.¹ Eine historische, geopolitische und kontextualisierende Einordnung dieses Krieges bedarf einer intensiven Auseinandersetzung, die mit dieser Stellungnahme nicht geleistet wird und nicht geleistet werden soll. Wichtig ist: Die Ukraine ist ähnlich wie Polen ein Land, das seit Jahrhunderten um seine Souveränität kämpft. Nun sind seit dem Kriegsausbruch tausende Menschen getötet worden – darunter viele Zivilist*innen, insbesondere Kinder. Zivile Infrastruktur, auch Krankenhäuser, wurden und werden bewusst angegriffen. Bilder einer bombardierten Geburtsklinik in Mariupol gingen durch die Medien. Absolute und unabhängige Zahlen sind aktuell nicht zu finden. Klar ist aber: bisher sind tausende Menschen auf russischer und auf ukrainischer Seite gestorben und nichts spricht bisher dafür, dass es weniger werden. Viele sind geflohen und sind auf der Suche nach einem sicheren Zufluchtsort.

Im Rahmen dieser Stellungnahme wollen wir uns verschiedenen Aspekten der aktuellen Situation zuwenden, die aus unserer Sicht eine besondere Hinwendung der Kritischen Sozialen Arbeit erfordern: Dem Rüstungsetat und dessen mögliche Folgen, der Situation der Geflüchteten, dem alltäglichen Rassismus und einer möglicherweise drohenden Welternährungskrise.

Auch wenn wir nun im Folgenden mehr die sozialen Folgen in Deutschland, wie ein drohender finanzieller Kahlschlag des Sozialstaats, und die globale Frage der Nahrungsmittelversorgung in den Blick nehmen, sind wir mit den Gedanken bei den unter dem Angriffskrieg leidenden Menschen: bei denen, die ihre Häuser und Wohnungen verloren haben, die ohne ihre Familie zurück geblieben sind oder zurück bleiben mussten, bei den Fliehenden, bei den Angehörigen Verstorbener und bei den russischen Soldaten, die unter einem Vorwand in den Krieg ziehen mussten. Auch den mutigen Russ*innen, die ihren Protest trotz harter Strafen auf die Straße – oder in Fernsehstudios² – bringen gebührt unser Respekt und unsere Solidarität.

I

100 Milliarden Euro – diesen gigantischen Betrag zog die Bundesregierung angesichts des Krieges in der Ukraine³ und der proklamierten „Zeitenwende“ aus dem Ärmel, um in die angeblich „kaputtgesparte“ Bundeswehr zu investieren.⁴ Wurden Pfleger*innen und

¹ Einige bedenkenswerte Beiträge finden sich in der aktuellen Ausgabe der *Blätter für deutsche und internationale Politik*, die kurz vor Kriegsbeginn erschienen ist (Ausgabe 3'22). Sehenswert ist auch die Dokumentation *Putin – Die Rückkehr des russischen Bären*, die in der Mediathek von Arte verfügbar ist (Stand: 23.03.2022)

² Die ehemalige TV-Redakteurin Marina Owssjannikowa störte vor einigen Wochen eine Nachrichtensendung. Sie hielt ein beschriebenes Schild in die Kamera, das den Krieg und die Propaganda verurteilte.

³ Wobei klar sein sollte, dass die Investition für die aktuelle kriegerische Auseinandersetzung keine Bedeutung hat. Allenfalls geht es um das zukünftige „Abschreckungspotential“ gegenüber Russland.

⁴ Das das Problem wohl eher struktureller Natur ist, wurde in der Satiresendung Extra 3 pointiert herausgearbeitet. Siehe: <https://www.youtube.com/watch?v=hRu4pxFvJQE> (0:19:15). Von dem anderen strukturellem Problem – Durchsetzung mit Rechtsextremen – ganz zu schweigen.

Sozialarbeiter*innen in der Corona-Krise mit Trinkgeld und guten Worten abgespeist, wird für die Aufrüstung plötzlich jeglicher Streit um die Schuldenbremse beiseite gelegt. Geld ist also da – einzig der politische Wille hat gefehlt. All die Bilder von traumatisierten und ausgebrannten Pflegekräften, all die Schüler*innen, die sich ohne die nötige technische Ausrüstung durchs „Homeschooling“ gequält haben und all die Sozialarbeiter*innen, die plötzlich kaum mehr Möglichkeiten hatten in der Lebenswelt ihrer Adressat:innen präsent zu sein und sie zu unterstützen – warum hat niemand für sie mit gehörigem Pathos ein 100 Milliarden Euro Programm beschlossen?

Kurz gesagt: Die nötigen Mittel, um für eine solidarische und sozialere Gesellschaft zu wirken – mit bezahlbarem Wohnraum, bedarfsgerechten Sozialleistungen, guten Arbeitsbedingungen und auskömmlichen Löhnen, guter sozialer und medizinischer Versorgung, etc. – wären vorhanden. Niemand müsste dabei ins Aus gedrängt werden; egal welche Herkunft, Hautfarbe, welches Geschlecht, etc. Und in Krisenzeiten lassen sie sich offensichtlich selbst unter dem Dogma (bzw. der Ideologie) der Schuldenbremse mobilisieren.

II

„Die Menschen können sich darauf verlassen: Auch mit dem #Sondervermögen für die #Bundeswehr wird die Schuldenbremse 2023 eingehalten.“

C. Lindner via Twitter am 1. März 2022

Die Einhaltung der Schuldenbremse, und die damit verbundene weitere Unterfinanzierung des Sozialstaates, bedeutet ein „Weiter so“ mit Armut, Arbeits- und Wohnungslosigkeit sowie psychosozialen Schwierigkeiten für viele Menschen. Im Jahr 2021 warnten der Wirtschaftshistoriker Adam Tooze und der Wirtschaftswissenschaftler Joseph E. Stiglitz in *Die Zeit* eindringlich davor, Lindner das Finanzministerium zu überlassen: „Das Problem besteht nicht nur darin, dass Lindners Wirtschaftspolitik [...] eine Anhäufung konservativer Klischees ist. Viel wichtiger ist, dass es sich um Klischees einer vergangenen Ära handelt, nämlich um die der Neunzigerjahre.“ (Tooze/Stiglitz 2021: 2) Nun, jetzt ist das Kind in den Brunnen gefallen und Lindner kann mit der unsichtbaren Hand des Marktradikalen das Rad der Zeit zurückdrehen. Einen Vorgeschmack bekamen Zuschauer*innen des öffentlich rechtlichen Fernsehens im ZDF: Wegen einer „Friedensdividende“ habe „Deutschland [...] sich auch anderen Fragen, wie beispielsweise der Entwicklung des Sozialstaats, gewidmet. Und darüber ist eine der wichtigsten staatlichen Fragen, die äußere Sicherheit zu garantieren, in den Hintergrund geraten“ (zit. nach Alias Podcast 2022, 0:52:30 Min.). Alle Praktiker*innen in sozialen Berufen und alle Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, sollten diese Ansage als Drohung verstehen. Und das Lindner sich Lars Feld, ein bekennender Ordoliberaler und entschiedener Verteidiger der Schuldenbremse, als Berater gesucht hat zeigt ebenfalls, dass Tooze und Stiglitz mit ihrer Warnung richtig lagen. Entgegen der Erzählung von Finanzminister Lindner, die Sozialausgaben hätten in der Vergangenheit im Fokus gestanden – als hätte es die Agenda 2010 und den schändlichen sozialstaatlichen Umbau nach der Ideologie des „Förderns und Forderns“ nie geben – und damit höhere Rüstungsausgaben unmöglich gemacht steht eine Realität, in der die Mehrheit der Menschen am und unter dem „Existenzminimum“ leben. Der Armutsbericht des Paritätischen zeichnet ein deutliches Bild und stellt für das Pandemie-Jahr 2020 in Deutschland eine Armutsquote von 16,1% fest – damals ein neuer Höchststand (vgl. Paritätischer Wohlfahrtsverband 2021). Doch Lindner hält am Dogma des „Gürtel enger schnallen“ fest und

fordert von den Bürgern eine „Kraftanstrengung, um den Frieden zu erhalten“. Gleichzeitig knallen bei den 1 % der Reichen, zu denen die Rüstungsexporteure und Beraterfirmen zählen, die Champagnerkorken. So bewirkte die Verkündung der Milliardeninvestition Börsenhochs für Unternehmen wie Rheinmetall oder Hensoldt (vgl. Heilig 2022: 4). Das angerufene „wir“ verwischt gleichzeitig ideologisch alle Klassenunterschiede – als wären die Kräfte und die Kraftanstrengung auf allen Schultern gleich verteilt. Schon Slogans wie „wir bleiben zu Hause“ hatten in Zeiten des Lockdowns eine andere Bedeutung für finanziell abgesicherte Personen im Reihenhaus, Familien in beengten Wohnverhältnissen oder wohnungslose Menschen. Die Kraftanstrengung ist für die einen vergleichbar mit einem Spaziergang im Park, für die anderen gleicht sie einem Marathon in der Wüste.

III

"Wir hören aus der ukrainischen Community (in Berlin), dass viele, die hier ankommen, nicht als erstes die Frage stellen: Wo kann ich Leistungen beantragen."

Franziska Giffey (SPD) nach einer Bund-Länder-Schalte

Statt einer desaströsen „Zeitenwende“ sind weltweit massive Investitionen in die öffentlichen Bereiche der Bildung, Kultur, Gesundheit, Soziales, Umwelt und Klimaschutz und die öffentliche Infrastruktur – sprich: die Schaffung menschenwürdiger Lebensbedingungen! - nötig und sofort möglich. Doch nicht nur die finanziellen Mittel sind wichtig, sondern auch eine solidarische Alltagspraxis mit allen Geflüchteten. Der Sonderweg für die geflüchteten Menschen aus der Ukraine ist gut und richtig und zeigt erneut, dass viel mehr möglich ist, wenn der Wille da ist. Gleichzeitig offenbart sich ein schändlicher Rassismus in Form einer Differenzierung von „guten“ und „schlechten“ Geflüchteten. Berichtet wurde, dass People of Colour von der deutschen Polizei an der polnischen Grenze aus den Zügen gezogen wurden (Kirkpatrick/ Spied upon Film 2022). In Polen gab es Attacken von rechten Nationalisten. Falschinformationen über angebliche Verbrechen von Migrant*innen aus dem Nahen Osten und Afrika, die aus der Ukraine fliehen, wurden gezielt gestreut, um die Bevölkerung aufzuhetzen (vgl. Tondo/ Akinwotu 2022). Und wer sich über die plötzliche Menschenfreundlichkeit des autoritären polnischen Staates wundert, sollte einen Blick auf die Grenze nach Belarus werfen – wo sich nichts am Umgang mit den Geflüchteten geändert hat, außer dass er abseits des öffentlichen Interesses stattfindet. Gleichzeitig nimmt in der sog. westlichen Welt rassistische Hetze gegen Russ*innen zu, die für das Handeln des russischen politischen Establishments in Sippenhaft genommen werden. Ein bizarres, wenn auch vergleichsweise harmloses Beispiel: Eine badische Bäckerei nannte ihren „russischen Zupfkuchen“ auf Wunsch einiger Kunde*innen zeitweise – bis sich Online-Protest regte – nur noch „Zupfkuchen“ (vgl. Zimmermann 2022). Aus der Ukraine fliehen darüber hinaus sehr viele Frauen und Kinder, die antislawischem Rassismus ausgesetzt sind. Es wird damit gerechnet, dass viele dieser Frauen im illegalisierten und schlecht bezahlten Care-Bereich arbeiten werden. Bis sie es zu einer Lohnarbeit hier in Deutschland geschafft haben, müssen sie nicht nur fliehen, sondern sich auch vor „unseriösen“ Schlafplatzangeboten schützen (vgl. Stokowski 2022). Neben dem Rassismus hierzulande sollte uns beunruhigen, dass rechte Kräfte aus Deutschland in die Ukraine gehen, um dort Kampferfahrung zu sammeln (vgl. Fuchs/ Höller/ Geisler/ Schmidt 2022).

IV

Die Ukraine und Russland werden auch als die „Kornkammern der Welt“ bezeichnet (vgl. Kronthaler 2022). Beide Länder sind bedeutende Exporteure von Weizen – die Ukraine ist der fünftgrößte Exporteur, Russland der größte (vgl. ebd.). Sie versorgen Länder, in denen die Ernährungssicherheit von Millionen Menschen bedroht ist. Die russische Invasion könnte – in Zusammenhang mit den schon vorher bestehenden Krisen – eine globale Krise der Ernährungssicherheit auslösen, die besonders in Armut lebende Menschen hart trifft (vgl. Prewitt 2022). Durch den Krieg stocken die Exporte beider Länder. In der Ukraine sind viele Menschen aus der Landwirtschaft geflohen, in Russland schlagen die finanziellen Sanktionen durch (vgl. Kronthaler 2022). Das Welternährungsprogramm der UN, das einen Großteil seines Weizens aus der Ukraine bezieht, musste im Jemen bereits die Nahrungsrationen für Hungernde reduzieren (vgl. ebd.). Durch den Wegfall der Exporte könnten Nahrungsmittelpreise weiter steigen und weitere 8 bis 13 Millionen Menschen in den Hunger treiben: „Schätzungen zufolge könnten die befürchteten Marktturbulenzen die Zahl der unterernährten Menschen im asiatisch-pazifischen Raum nun um 4,2 bis 6,4 Millionen ansteigen lassen. In Afrika könnten 2,6 bis 5,1 Millionen betroffen sein und im Nahen Osten bis zu 960 000.“ (ntv.de, smu/dpa 2022) In Kenia kämpfen Bäckereien durch die gestiegenen Preise von Weizen und Sonnenblumenöl bereits ums Überleben, die Inflation steigt und gerade Personen aus der Unterklasse sind die Leidtragenden (vgl. Diekhaus/ Hoffmann 2022). Verschärfend kommt eine Dürre in Ostafrika hinzu – mehrere Regenzeiten sind ausgefallen, die Ernten auf den Feldern verdorrt (vgl. ebd.). Nicht alleine der Weizen ist hier bedeutsam: Russland und die Ukraine sind auch wichtige Exporteure von Sonnenblumenöl, Russland zudem ein weltweit wichtiger Düngemittelexporteur (vgl. ebd.). Es braucht eine globale Anstrengung und Solidarität: „We will need a truly global effort to ensure those living in hunger aren't the forgotten victims of war“ (ebd.). Nötig ist mehr als ein Blick auf die sozialen Missstände im eigenen Land – internationale Solidarität ist gefragt. Mit Sparprogrammen und Austeritätspolitik wird es nicht klappen.

V

Zuletzt: Dieser barbarische Krieg muss enden! Zukünftige Investitionen müssen am Allgemeinwohl orientiert politisch umgelenkt und gesellschaftlich sinnvoll eingesetzt werden. Hier bedarf es mehr als das Ende von Rüstungsausgaben, sondern den Einsatz der 100 Milliarden für eine solidarische und nachhaltige Gesellschafts- und Weltordnung.

Da genug Geld da ist, schlagen wir vor:

- 100 Milliarden für offene Grenzen für alle Menschen, die ihre Heimat verlassen müssen!
- 100 Milliarden für den Abbau jeglicher bürokratischer Hürden bei der Einreise und dauerhafter Verbleib in Deutschland!
- 100 Milliarden für die bedarfsgerechte Entwicklung staatlicher allgemeiner Einrichtungen (Bildung, Soziales – auch Renten –, Bildung, Kultur, Gesundheit und Infrastruktur)!
- 100 Milliarden für die Pflege und die Schaffung einer menschenwürdigen Gesundheitsversorgung!
- 100 Milliarden für Therapieplätze, eine Psychiatriereform und den Weg zu einer humanen Begleitung von Menschen in psychischen Krisen!

- 100 Milliarden für Projekte gegen Nazismus, Rassismus, Antisemitismus und jegliche Form von Menschenfeindlichkeit!
- Ein „Sondervermögen“ für die sozialen, ökologischen und kulturellen Bedürfnisse in Europa und der Welt!
- 100 Milliarden für das Welternährungsprogramm!

Was können Berliner*innen aktuell konkret tun, um praktische Solidarität zu zeigen?

- „Berlin Hilft“ ist eine Initiative, die Hilfe koordiniert: Wenn Ihr Sprachmittler*innen kennt, spenden wollt oder andere Hilfe anbieten könnt – oder Informationen sucht – , wendet Euch an Berlin Hilft: <https://berlin-hilft.com/>
- Auch „Moabit Hilft“, die bereits 2015 sehr aktiv waren, bitten um Spenden (Sach-, Zeit- und/ oder Geldspenden): <https://www.moabit-hilft.com/>
- Der Berliner Flüchtlingsrat hält viele (rechtliche) Informationen bereit (auch auf ukrainisch/ russisch): https://fluechtlingsrat-berlin.de/news_termine/ukraine/
- Casa Kuà: Organisiert insbesondere Hilfe für BIPOC-Geflüchtete und/oder Queers. Siehe: <https://casa-kua.com/>
- Wer eine temporäre Unterkunft für geflüchtete Menschen anbieten kann: <https://www.unterkunft-ukraine.de/> (**Achtung:** Aktuell gibt es kritische Stimmen zur Initiative. Siehe: <https://www.moabit-hilft.com/2022/03/27/presseerkl%C3%A4rung-auf-ruf-an-den-berliner-senat-handeln-sie-mit-uns-zusammen/>)
- Weitere Gruppen/ Initiativen: Schöneberg hilft e.V., Arrival Support Berlin, Be an Angel e. V., Ulme35 / Interkulturanstalten Westend e.V., Freiwillige Helfen – Netzwerk für geflüchtete Menschen, Wir packen’s an e.V. und viele mehr
- Möglichkeiten für Sach- und Geldspenden sind vielfältig, siehe z.B. hier eine Liste: <https://berlin-hilft.com/ukraine/ukraine-spenden/>

Über den AKS Berlin



Der AKS Berlin ist ein offener Zusammenschluss von Praktiker*innen, Lehrenden und Studierenden aus der Sozialen Arbeit sowie ihren Bezugswissenschaften. Uns verbindet der Wille zur Überwindung von Verhältnissen, die von Herrschaft und Unterdrückung geprägt sind. Wir erheben Einspruch gegen deren Aufrechterhaltung, an der auch die Soziale Arbeit aktiv beteiligt ist, und wehren uns gegen die Vereinnahmung unserer Berufspraxis. Wir stehen für die Entwicklung und Etablierung einer alternativen sozialarbeiterischen Praxis, die kritische Reflexion der Bedingungen selbiger und politische Aktivitäten Sozialer Arbeit.

Literatur/ Quellen

Alias Podcast (2022): „Fernsehmomente: Hyperpolitik“, hochgeladen am 27.02.2022, Online verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=y3ilPKzEhO8> (08.03.2022)

Diekhaus, Antje/ Hoffmann, Caroline (2022): „Steigende Preise in Ostafrika. 'Das Leben ist hart geworden'“, Online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/ausland/afrika/afrika-weizen-mais-101.html> (15.03.2022)

Fuchs, Christian/ Höller, Herwig/ Geisler, Astrid/ Schmidt, Christina (2022): „Wie Neonazis für den Krieg in der Ukraine rekrutieren“, Online verfügbar unter: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-03/rechtsextremismus-neonazis-rekrutierung-russland-ukraine-krieg> (08.03.2022)

Heilig, René (2022): „100 000 000 000 Mal Irrsinn“, nd.Die Woche, 5./6. März, Nr. 54, S. 4

Kronthaler, Rüdiger (2022): „Weltweite Auswirkungen. Der Ukraine-Krieg verschärft den Hunger“, Online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/ukraine-landwirtschaft-ernaehrung-101.html> (13.03.2022)

Kirkpatrick, Jason/ Spied upon Film (2022): Videopost auf Twitter, Online verfügbar unter: <https://twitter.com/SpiedUpon/status/1499161478158602243> (08.03.2022)

Margarete Stokowski (2022): Finger weg von den Frauen! Online verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/kultur/fluechtende-aus-der-ukraine-finger-weg-von-den-frauen-kolumne-a-210cb3cd-b0c2-45c3-94f1-50c4863b7a89> (08.03.2022)

ntv.de, smu/dpa (2022): „Ukraine-Krieg könnte Millionen hungern lassen“, Online verfügbar unter: <https://www.n-tv.de/wirtschaft/Ukraine-Krieg-koennte-Millionen-hungern-lassen-article23179864.html> (13.03.2022)

Paritätischer Wohlfahrtsverband (2021): „Armut in der Pandemie. Der Paritätische Armutsbericht 2021“, Online verfügbar unter: <https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/armut-in-der-pandemie-der-paritaetische-armutsbericht-2021/> (08.03.2022)

Prewitt, Tim (2022): „The War in Ukraine is a Global Food Security Crisis“, Online verfügbar unter: <https://www.newsweek.com/war-ukraine-global-food-security-crisis-opinion-1683791> (08.03.2022)

Tondo, Lorenzo/ Akinwotu, Emmanuel (2022): „People of colour fleeing Ukraine attacked by Polish nationalists“, Online verfügbar unter: <https://www.theguardian.com/global-development/2022/mar/02/people-of-colour-fleeing-ukraine-attacked-by-polish-nationalists> (08.03.2022)

Tooze, Adam/ Stiglitz, Joseph E. (2021): „Es wäre ein Fehler, ihm seinen Wunsch zu erfüllen“, Die Zeit, Nr. 44, 28.10., S.2

Zimmermann, Frank (2022): „Bäckereikette benennt russischen Zupfkuchen um“, Online verfügbar unter: <https://www.badische-zeitung.de/badische-baekereikette-benennt-russischen-zupfkuchen-um—210007940.html> (08.03.2022)